

Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben. Anmerkungen zum Landtagswahlprogrammmentwurf

Unzählige Seiten wurden beschrieben (keine Sorge: nicht alle sind ausgedruckt), etliche Beratungen absolviert, zahlreiche Diskussionen geführt. Viele Menschen beteiligten sich an der Erarbeitung: aus den Kreis- und Stadtverbänden, aus der Landtagsfraktion, aus dem Landesvorstand, aus der Landesgeschäftsstelle. Exakt 144 kleine, mittlere, große und auch sehr komplexe Änderungsvorstellungen haben uns erreicht. Eine große Herausforderung, aber ebenso ein Zeichen lebendiger Demokratie in unserem Landesverband.

Nun liegt er fertig vor: der Entwurf des Wahlprogramms der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2016. Am späten Abend des 18. August 2015 hat ihn der Landesvorstand nach nochmaliger mehrstündiger Debatte als Leitantrag für den Landesparteitag am 10. Oktober 2015 einstimmig verabschiedet. Vor dem Parteitag aber wird reichlich Gelegenheit für weitere Diskussionen sein, zum Beispiel auf drei Regionalkonferenzen.

Viel haben wir uns für die nächste Wahlperiode vorgenommen. Wir wissen, dass in den fünf Jahren nicht alles zu schaffen ist. Es gibt Dinge, die brauchen einfach länger Zeit. Aber was machbar ist, das wollen wir auch tun.

Die jetzige Landesregierung betreibt eine Politik, die einerseits wenig einladend ist und auf der anderen Seite Menschen aus dem Land treibt: Frauen und Männer – vor allem junge – auf der Suche nach Arbeit und Zukunft, kreative Köpfe und Querdenker auf der Suche nach freier Entfaltung, Mut und Toleranz, Studentinnen und Studenten auf der Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten jenseits von Spardiktaten.

Bildung und Kultur bereichern ein Land. Die Kürzungspolitik der Regierung an Hochschulen und Theatern hat das Land Sachsen-Anhalt ärmer gemacht. Ärmer an Kunst und Kultur, an Bildung, an Ideen, an Vielfalt und Zuversicht.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist der Zugang zu Bildung, zu Kunst und Kultur, zu Information und Kommunikation eine unverzichtbare Voraussetzung für Chancengleichheit, für ein selbstbestimmtes Leben, für die Entfaltung eigener Fähigkeiten und Ressourcen. Hier liegt einer der Schwerpunkte unseres Landtagswahlprogramms: von frühkindlicher Bildung über die Herausforderungen an den Schu-

len, die Qualität beruflicher Ausbildung, eine künftige Hochschulstruktur bis zur Erwachsenenbildung als lebensbegleitendes Lernen.

Ein Land, in dem es sich nicht gut leben und arbeiten lässt, ist nicht attraktiv. Die Niedriglohnpolitik, der Mangel an Wirtschaftswachstum, die Verödung ganzer Landstriche in Sachsen-Anhalt haben dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen ihrer Heimat den Rücken kehren und ihr Glück anderswo suchen. Das wollen wir verändern. Wir wollen Löhne, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, wir wollen neue Wirtschaftsansiedlungen fördern, wir wollen gute Bedingungen für Familien schaffen, um Fachkräfte nach Sachsen-Anhalt zu holen. Was gebraucht wird, sind wirkliche Perspektiven für Sachsen-Anhalt – in der Stadt und auf dem Land, der Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge, von Mobilität und Teilhabe.

dafür ein, Fluchtursachen – Krieg, Diskriminierung, Armut, Not – zu beseitigen.

Wir sagen in unserem Landtagswahlprogramm, wie wir uns das Land Sachsen-Anhalt vorstellen. Wie wir es verändern wollen, damit es endlich das wird, was es verdient: Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.

*Tanja Behrend,
Landesgeschäftsführerin*

Regionalkonferenzen zum Wahlprogramm

Halberstadt

21.09.2015, 17.30 Uhr
Gaststätte Lindenhof

Halle-Neustadt

23.09.2015, 17.30 Uhr
Kulturtreff

Stendal

25.09.2015, 17.30 Uhr
Landratsamt Stendal

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Politik sollte alles tun, damit Menschen ohne Angst leben können. Ohne Angst vor Krieg, Gewalt, Armut, Demütigung und Hass. Zukunftschancen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende kämpfen um Akzeptanz und Perspektiven. Sie haben dabei unsere Unterstützung. Wir brauchen ein Europa der Solidarität und der Menschlichkeit. Als konsequente Friedenspartei setzen wir uns vor allem auch

Inhalt:

Seite 1

Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben. Anmerkungen zum Landtagswahlprogrammmentwurf

Seite 2

25 Jahre deutsche Einheit!?

Seite 3

Befristung und Leiharbeit stoppen: Das muss drin sein!

Widerstand gegen Hartz IV – Anhörung und Aktion in Berlin

Seite 4

Wahlkreis 17: Bianca Görke als Direktkandidatin gewählt
Bürgermeisterwahlkampf in Alsleben

Seite 5

Der Jugendarbeit im Salzlandkreis werden personelle, fachliche und regionale Einschnitte zugemutet

Angemessener kommunaler Heizkostenspiegel findet keine Kreistagsmehrheit

Seite 6

Sommerfeste in Bernburg und Saale-Wipper

LINKE Kommunalpolitiker trainieren politische Rhetorik

Seite 7

Gründung einer landesweiten Schlichtungskommission

Kontinuität findet die Stiftung Staßfurt Waisenhaus nur bei den Linken

Sommertour mit Sabine Dirlich

25 Jahre deutsche Einheit!?

Am 2. Oktober 1990 endete nach fast 41 Jahren die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik. Diesen Staat, in dem nach meiner Auffassung ein frühsozialistisches Gesellschaftssystem bestand, wenn auch mit manchen Fehlern und Schwächen versehen, gab es nun nicht mehr. Was aber die Menschen in diesem Land geleistet haben und was auch weltweite Anerkennung fand, ist gegen alle Verleumdungen zu verteidigen.

Die Bevölkerung der DDR hatte sich bei den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 mit großer Mehrheit gegen ein Weiterbestehen der DDR entschieden. So beschloß dann die Volkskammer am 23. August den Beitritt der DDR „zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“. Besonders der zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vereinbarte 2 und 4 Vertrag förderte diese Entwicklung. Die eigentliche vertragliche Grundlage für den Beitritt zur BRD war der etwa 1000 Seiten umfassende Einigungsvertrag. Bei der namentlichen Abstimmung am 20. September in der Volkskammer stimmten 299 Abgeordnete dafür, 89 dagegen, und es gab eine Enthaltung. Die PDS und Bündnis 90/Grüne verweigerten ihre Zustimmung. Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS, hob in seiner Rede hervor, warum die Bundesregierung die Form des Anschlusses nach Artikel 23 des Grundgesetzes gewählt habe und nicht den völkerrechtlichen Weg nach Artikel 146. „Fast alles soll so werden wie in der Bundesrepublik.“ (s. ND 21. 9. 1990)

An demselben Tag stimmte auch der Bundestag über diesen Vertrag ab. 443 Abgeordnete votierten dafür, 47 dagegen, und drei enthielten sich. Als einzige Fraktion stimmten die Grünen nicht zu. Oskar Lafontaine, Kanzlerkandidat der SPD, warf der Regierung vor, mit ihrer Politik die Schuld für die in der DDR entstandene Situation zu tragen. Er warnte davor, Deutschland in eine neue Weltmachtrolle hineinzudiskutieren.

Das ND veröffentlichte am 3. Oktober 1990, dem Tag des Beitritts (Anschlusses) der DDR an die BRD eine Kolumne Gregor Gysis. Darin heißt es: Trotz mehr Demokratie wird es nicht leichter, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten. Wir kommen in eine Gesellschaft, in der unvergleichlich viel größere soziale Unterschiede bestehen. Wir werden also dem real existierenden Kapitalismus angeschlossen. Das bringt bestimmte Fortschritte, aber auch erhebliche Nachteile. Ich möchte hierzu zu 6 Schwerpunkten einige Überlegungen darstellen: 1. Mit der staatlichen Einheit haben sich für die ost-



Symbol der Deutschen Einheit: Das Brandenburger Tor

deutschen Bürger/innen wie auch für die Region einige Vorteile, aber auch Nachteile ergeben. Erinnert sei an die zugenommenen persönlichen Rechte, das bessere Warenangebot, den Ausbau der Infrastruktur und die gestiegene Lebensqualität. Dem stehen die Liquidierung bzw. Privatisierung großer Teile der Industrie, die Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung, die zunehmenden sozialen Probleme sowie der sich ausbreitende Rechtsextremismus gegenüber.

2. Mit der ständig wachsenden Zahl von Millionären aber auch jener, die in Armut oder am Rande der Armut leben, nimmt die soziale Differenzierung ständig weiter zu. Nach einem Vierteljahrhundert gibt es noch immer beträchtliche Unterschiede bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West. Der auf Druck der LINKEN beschlossene, aber nicht befriedigende flächendeckende Mindestlohn ist ein erstes positives Zeichen.

3. Die hier nur angedeutete soziale Situation wirkt sich auf das politische Verhalten der Menschen gegenüber dem Staat aus. Bei fast allen Wahlen ist die Gruppe der Nichtwähler die größte.

Die Hoffnung auf einen Politikwechsel erfüllte sich bisher nicht. Noch immer dominiert die Ökonomie die Politik.

4. Nach dem Ende des Kalten Krieges beteiligte sich die sozialdemokratisch geführte Schröder-Regierung an dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die Teilnahme an weiteren Kriegen sowie Auslandseinsätzen der Bundeswehr folgten. Diese Tatsache und die unzureichende Entwicklungshilfe sind eine entscheidende Ursache für die anhaltenden und anwachsenden Flüchtlingsströme nach Europa.

5. Wenn auch die DDR seit 25 Jahren nicht mehr existiert, so ist sie aus dem Denken vieler Menschen noch längst nicht verschwunden. Völlig unangebracht ist es, sie als „Unrechtsstaat“ oder „2. Deutsche Diktatur“ zu diffamieren oder sogar gemeinsame Züge mit der Zeit des Faschismus feststellen zu wollen.

6. Mit der Vereinigung von PDS und WASG am 16. Juni 2007 zur Partei DIE LINKE war eine neue linkssozialistische Partei entstanden, die sich im Gegensatz zu der vorrangig ostdeutschen PDS zu einer gesamtdeutschen Partei entwickelte, im Bundestag die Oppositionsführerin ist und seit Dezember 2014 mit Bodo Ramelow erstmals einen Ministerpräsidenten stellt.

Überblickt man die Entwicklung in dem ersten Vierteljahrhundert der 1990 geschaffenen deutschen Einheit, so läßt sich eine positive Entwicklung nicht übersehen. Die angedeuteten Mängel machen aber einen Politikwechsel unbedingt erforderlich. Das bedeutet in der Innenpolitik, die noch bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West weiter abzubauen, und das erfordert in der Außenpolitik eine konsequente Friedenspolitik und eine auf völliger Gleichberechtigung basierende Zusammenarbeit mit allen Staaten. Dadurch würde die deutsche Einheit noch weiter festigt.

Friedrich Schütz

Befristung und Leiharbeit stoppen: Das muss drin sein!

Sommer, Sonne, Urlaubszeit? Für viele Lehrerinnen und Lehrer beginnt der Start in den Sommer trostlos mit dem Gang zur Arbeitsagentur. Viele Schulen stellen Lehrer in 10-Monats-Verträgen ein und entlassen sie über die Sommerferien. Berufseinsteiger trifft es noch härter, da sie oftmals nicht lange genug beschäftigt waren, um Arbeitslosengeld II zu erhalten. Sie landen bei Hartz IV. Im August 2014 stieg die Zahl arbeitslos gemeldeter Lehrer sprunghaft von 6.104 auf 11.144 an – um im September wieder auf 6.045 zu sinken, wie eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab.

Doch Lehrer sind nicht die einzige Berufsgruppe, die mit Befristungen und skandalösen Beschäftigungspraktiken zu kämpfen haben. Fast jede zweite Neueinstellung wird mittlerweile befristet eingestellt, bei den Frauen sind es sogar noch mehr. In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil befristeter Stellen verdreifacht. Die am stärksten von Befristung betroffenen Berufsgruppen finden sich im Gesundheits- und Sozialwesen, in der öffentlichen Verwaltung und im Erziehungsbereich. Doch auch der Einzelhandel und das Bau- und Gastgewerbe sind stark betroffen. So unterschiedlich die Lebensrealitäten von Kellnern, Kita-Erzieherinnen, Krankenpflegerinnen, Metallarbeitern, Bauarbeiterinnen und Verkäufern auch sind – ihre Berufsaussichten und die damit verbundenen Probleme sind ähnlich. Wer sich immer von Vertrag zu Vertrag hangelt, muss Abstriche bei der Lebensplanung machen: Eine Familie gründen, auf längere Sicht planen, sich ei-



nen Urlaub gönnen: Fehlanzeige. Unsicherheit, Zukunftsängste und häufig auch Geldnöte prägen den Alltag.

Befristete Arbeitsverträge sind nicht einfach ein Einstieg in unbefristete Beschäftigung, wie eine verlängerte (illegale) Probezeit: Gerade mal jeder dritte befristete Vertrag wird in einen unbefristeten umgewandelt. Viele warten jahrelang in einer Warteschleife aus Kettenbefristungen. Fälle wie der der Grundschullehrerin Marie Luise J. sind keine Seltenheit: Ganze 14 Mal hatte sie vom Land Hessen einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Beim Arbeitsgericht klagte sie daraufhin erfolgreich auf Festanstellung. 2012 wurden im Erziehungsbereich 76% Neueingestellte befristet und nur 18% davon übernommen. In der öffentlichen Verwaltung waren es bei 60% befristeten Neueinstellungen 28% übernommene.

Besonders Berufseinsteiger haben mit „prekären“, also unsicheren Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Ein besonders geschicktes Instrument, Löhne zu sparen und den Kündigungsschutz zu umgehen, ist der Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Leiharbeiter

verdienen gerade mal halb so viel wie Beschäftigte mit regulären Vollzeitstellen (DGB-Studie). Viele müssen ergänzende Sozialleistungen beantragen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Noch weniger verdienen Beschäftigte mit Werkverträgen: Für sie gelten viele gesetzliche Vorschriften und Tarifvereinbarungen gar nicht und sie sind deshalb in hohem Maße erpressbar. Viele brauchen zwei oder mehr Jobs, um überhaupt die Miete zahlen zu können – das Resultat ist Erschöpfung, Überarbeitung, (psychischer) Stress.

Doch es lohnt sich, dagegen Druck zu machen. Mit einer bundesweiten Aktionswoche im September will DIE LINKE im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ Befristungen und Leiharbeit den Kampf ansagen – gemeinsam mit allen, die sich engagieren wollen. In einem reichen Land wie Deutschland muss eine planbare, sichere Zukunft selbstverständlich sein. Dazu gibt es eine Unterschriftensammlung gegen Befristung und Leiharbeit. Dass sich kämpfen lohnt, zeigt das Beispiel Mindestlohn: nachdem LINKE und Gewerkschaften das Thema jahrelang immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben, wurde es 2013 endlich Teil des Koalitionsvertrages. Das zeigt: Druck von unten wirkt!

Leiharbeit und Befristung muss der Kampf angesagt werden. Sie sind herzlich eingeladen: machen Sie mit, machen Sie Druck. Damit selbstverständliches wieder selbstverständlich wird. Das muss drin sein!

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender

Widerstand gegen Hartz IV – Anhörung und Aktion in Berlin

Zum Thema: „Sanktionen bei Hartz IV“ fand eine öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses „Arbeit und Soziales“ am 29.06.2015 im Bundestagsgebäude Paul – Löbe-Haus statt. Der Ausschuss holte sich Sachverständige unterschiedlicher Couleur ins Haus, die dann nach Befragen der einzelnen Fraktionen zur Anhörung kamen. Sie schilderten, was Sanktionen im Einzelnen für ihren jeweiligen Bereich bedeuten.

Die von der CDU und SPD befragten Sachverständigen aus der Wirtschaft behaupteten, dass Sanktionen im Falle von Langzeitarbeitslosen durchaus zu Erfolgen führen und daher notwendig wären, da von Sanktionen betroffene Personen schneller prekäre Beschäftigung aufnehmen würden. Weiterhin vertraten sie auch die Meinung, dass Jugendliche härter sanktioniert werden müssten als Erwachsene, um bei Ihnen das Interesse für die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zu wecken. So kamen sie überein, dass Sanktionen alleine allerdings nicht ausreichend seien und weitere Unterstützung in Form von assistierten und begleitenden Ausbildungen, Praktika, Nachhilfe und Coaching benötigt würden. Hier hätte sich eindeutig gezeigt, dass Jugendliche durch stärkere Sanktionen besser kooperieren würden.



Von links beginnend: Sefika Minte aus NRW, Christine Pfeiffer aus Sachsen – Anhalt, Gudrun Schumann aus Sachsen, Foto: privat

Nur in einem Punkt waren sich die Sachverständigen einig, dies betrifft den Bereich der Mitteilungspflicht. Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) dürfe es keine weiteren Kürzungen mehr geben.

Bei eventuellen Sanktionen müsse das Existenzminimum gesichert werden, bei Kürzungen um mehr als 30% müsse die Ausgabe von Sachleistungen, z. B. in Form von Lebensmittelscheinen in Erwägung gezogen werden. DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, welche die Sanktionen im Hartz IV – System für verfassungswidrig hält und sich für eine generelle Abschaffung von Hartz IV einsetzt. Jede Leistungskürzung verletze das Grundrecht der Betroffenen auf Existenzsiche-

rung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Unter dem Druck von Sanktionsandrohungen müssen die Betroffenen schlecht bezahlte Jobs annehmen und den Beschäftigten durch Lohndumping in den Rücken fallen.

Hartz IV ist und bleibt sozialer Sprengstoff, der sich auch durch Druck und Arbeitsverdichtung direkt auf Erwerbstätige auswirkt.

DIE LINKE tritt stattdessen dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert.

Im Anschluss an die offizielle Ausschussanhörung hat DIE LINKE, unter Federführung von Katja Kipping, Interessierte und Betroffene zu einem Hearing eingeladen. Diese waren sich ebenso einig: Der Kampf gegen Hartz IV muss weitergehen. Viele Betroffene empfanden die Pro-Sanktions-Aussagen einiger Sachverständiger wie aus „einer Parallelwelt“ kommend.

Die Aktivistinnen und Aktivisten werden den Kampf gegen Hartz IV auch weiterhin außerparlamentarisch fortsetzen.

Aus diesem Grund starteten einige bundesweite Aktivistinnen vor der Anhörung am 29.06.2015 eine Aktion vor dem Paul – Löbe – Haus.

Christine Pfeiffer, Stadträtin in Bernburg

Wahlkreis 17: Bianca Görke als Direktkandidatin gewählt

Die Mitglieder der Ortsverbände von Staßfurt, Hecklingen und der Egelner-Mulde trafen sich zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung in Staßfurt.

Ziel der Versammlung war die Aufstellung einer Direktkandidatin oder eines Direktkandidaten für die Landtagswahl im Wahlkreis Staßfurt.

Nach Abstimmung über die notwendigen Formalien sprach der Ortsvorsitzende von Staßfurt, Klaus Magenheimer, über das Anliegen und Ziel der Mitgliederversammlung. Er erinnerte an den Beginn des Landtagswahlkampfes mit der Nominierung von Wulf Gallert auf dem Landesparteitag am 18. April in Dessau-Rosslau. Auf die momentane Situation in Sachsen-Anhalt eingehend, verdeutlichte er an Beispielen die negative Entwicklung in den letzten vier Jahren unter der von der CDU geführten Landesregierung. Die Politik führte dazu, dass unser Land in vielen Punkten Schlusslicht in Deutschland ist. Es ist das Ergebnis der Politik des Streichens und Zusammenschumpfens. Das führte auch zu breiten, umfangreichen Protesten und zunehmendem Widerspruch.

Diese Politik hat auch in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises 17 verheerende Auswirkungen. Es gibt keine ausgeglichene Haushalte mehr, Umlagen können nicht bezahlt werden, finanzielle

Hilfen vom Land werden mit Bedingungen verknüpft, die das Leben in unserer Region immer unattraktiver machen und zum Wegzug vieler Menschen führen.

Er brachte auch die Freude darüber zum Ausdruck, dass mit dem Einzug von Bianca Görke in den Landtag, unsere umfangreichen politischen Bemühungen in den Städten und Gemeinden Früchte getragen haben. Dieses Potential sollte auch weiterhin genutzt werden, um in anstehenden Sachfragen, im achtungsvollen Umgang miteinander, die Probleme im Interesse der Menschen zu lösen.

Grußworte des Bundestagsabgeordneten Jan Korte unterstrichen nochmals die Notwendigkeit, eine politische Wende im Land durch uns herbeizuführen. Er wird unsere Aktivitäten weiterhin unterstützen.

Mit der Bewerbung der in Staßfurt tätigen Landtagsabgeordneten Bianca Görke um das Direktmandat, wurde die Veranstaltung fortgesetzt. Sie erklärte ihre Beweggründe für eine erneute Kandidatur. Als bekennende Lokalpatriotin erfährt sie von den großen und kleinen Sorgen der Menschen und der Kommunen und will ihr Wissen in die parlamentarischen Entscheidungen einbringen. Ein anschauliches Beispiel lieferte sie in den letzten Monaten im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Dickstoffversatzanlage.



Gratulation vom Ortsvorsitzenden, Foto: privat

Mehrere Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer begrüßten in ihren Wortmeldungen, ihre Kandidatur und wünschten ihr viel Glück.

Da sie die einzige Bewerberin war, erfolgte ein zügiger Wahlgang. Die Zwischenzeit wurde zu persönlichen Gesprächen unter den Mitgliedern genutzt.

Bianca Görke wurde mit 83 % zur Direktkandidatin gewählt. Zum positiven Nominierungsausgang gratulierte ihr auch der anwesende Kreisvorsitzende Lothar Boese.

Klaus Magenheimer,
Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Bürgermeisterwahlkampf in Alsleben

Daniel Wernecke aus dem Alslebener OT Gnölbzig tritt für Die Linke als Bürgermeisterkandidat an. Er hat sich die Bewahrung des öffentlichen Eigentums auf die Fahne geschrieben. Hier ist eine heiße Diskussion um die Schule im Ort entbrannt. Daniels Maxime ist: „Was alle brauchen, muss öffentlich bleiben!“ Er hat eine Bürgerinitiative mitbegründet, um eine private Sanierung und die teure Einmietung durch die Verbandsgemeinde zu verhindern. „Wir sollten statt Miete zu zahlen, das Geld selbst in die Sanierung investieren“, so Daniel Wernecke. Der Erhalt öffentlichen Eigentums ist ein hohes Gut. Gestaltungsspielräume werden so von demokratisch gewählten Gremien genutzt. Entscheidungen müssen vor Wählerinnen und Wählern verantwortet werden und stehen in der öffentlichen Debatte. In Diskussionsrunden und an den Informationsständen rechnete Daniel den Bürgerinnen und Bürgern vor, dass die Sanierung durch die Verbandsgemeinde nicht teurer wird. Um den Wählerinnen und Wählern den guten Zustand des Schulgebäudes zu zeigen, organisierte er einen Tag der offenen Tür. Hier kam es wieder zu interessanten – teils heftigen – Diskussionen, sowohl mit BefürworterInnen als auch mit GegnerInnen für die Sanierung mit öffent-



Daniel Wernecke und Jan Korte am Infostand in Alsleben, Foto: privat

lichen Geldern. Bei den Informationsständen wurde er von Birke Bull, Jan Korte und natürlich vom Ortsvorstand Saale-Wipper unterstützt. Zur moralischen Unterstützung des Wahlkampfes fanden die Kreisvorstands- und Kreistagsfraktionssitzung auch in Alsleben statt.

Um den Schülerinnen und Schülern der Alslebener Grundschule eine Bademöglichkeit zu geben, lud er sie kurzerhand zu einem Busausflug in das nächstgelegene Freibad nach Bernburg-Neuborna ein. Von 10:00 bis 17:00 Uhr konnten die fast 40 Kinder mit ihren Begleiterinnen das küh-

le Nass genießen, im Schatten Karten spielen oder einfach herumtoben. Obendrein gab es für Jede und Jeden noch einen Wasserball, eine Portion Pommes und ein Eis spendiert. Daniel Wernecke meinte abschließend: „Es ist einfach schön zu hören, dass es den Kindern und BetreuerInnen gefallen hat.“

In der Vorstellungsrunde der drei Kandidaten ging Daniel Wernecke noch auf seine weiteren Ziele ein. Neben dem Breitbandausbau und dem Tourismus will er auch die Einnahmesituation der Stadt verbessern. Hierzu sollen alle HauseigentümerInnen – auch die, die nicht in Alsleben wohnen – zu ihrer Steuerpflicht herangezogen werden. Eigentum verpflichtet! Ein Herzensanliegen ist ihm die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik. Hierzu will er jährliche Einwohnerversammlungen durchführen. Unser Kandidat erhielt während der letzten Wochen viel Zustimmung von den Einwohnerinnen und Einwohnern. Das heißt, mit Daniel Wernecke hat ein sehr kompetenter, erfahrener und sympathischer Kommunalpolitiker das Rennen um das Bürgermeisteramt in Alsleben aufgenommen.

Ernst-Hermann Brink,
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper

Der Jugendarbeit im Salzlandkreis werden personelle, fachliche und regionale Einschnitte zugemutet

Um es klarzustellen: Die Kreistagsfraktion DIE LINKE./UWG hat bis zuletzt für eine andere Kinder- und Jugendpolitik im Kreistag des Salzlandkreises gestritten. Doch festzustellen ist: Bürgerbriefe, Protest vor und im Kreistag, zahlreiche Anfragen zum Thema im Rahmen der Einwohnerfragestunden brachten die Mehrzahl der Kreistagsmitglieder nicht dazu, die Mittelkürzung in der Kinder- und Jugendarbeit zu überdenken. Und eigentlich hatten die Kreistagsmitglieder dazu eine geeignete Vorlage der Fraktion DIE LINKE./UWG, die den Mittelansatz aus 2014 auch für 2015 in Höhe von 1,6 Millionen € hätte sichern können. Die Vorlage war inhaltlich und fachlich begründet und hatte ein Votum aus dem Jugendhilfeausschuss. Doch letztendlich war bereits die letzte Jugendhilfeausschusssitzung kommunikativ derart gesteuert, dass die Träger lieber der Sparvariante von Landrat Bauer zustimmten, statt der angedeuteten Gefahr zu unterliegen, zeitnah keine Mittel zu erhalten. Doch was ist passiert? Seit Jahresbeginn finanzieren zahlreiche Vereine, Verbände und Kommunen die Jugendarbeit vor. Nicht unüblich, wenn man auf die letzten Jahre schaut. Doch auf Grund des fehlenden Haushaltsbeschlusses drohte Landrat Bauer, dass nun überhaupt keine Mittel fließen können, um dann als Retter

zu gelten, in dem der Landkreis 30% Eigenmittel ohne Haushaltsbeschluss nach Rücksprache mit dem Land und bzgl. der Jugendpauschale ohne gesetzliche Grundlage (denn diese tritt erst ab 2016 in Kraft), gegenfinanzieren will. Doch was ist damit verbunden? Eine



Protest vor dem Landratsamt, Foto: privat

Mittelkürzung um 690.000 €. Dies heißt für die Träger: Die Vorfinanzierung kann nicht umfänglich erstattet werden. Die Perspektive wird nicht mehr auskömmlich finanziert. Einrichtungen schließen, machen Pause, verringern Angebot und Öffnungszeiten. SozialarbeiterInnen, die fachlich so notwendig sind, verlieren ihren Job. Und all diese Mitteilungen erst in der 2. Jahreshälfte. Wie sollen da Vertrauen und Transparenz Bestand haben? Die Fraktion DIE LINKE./UWG hält diesen Prozess für falsch! Sie befürchte, dass auf Grund der fehlenden Angebote perspektivisch mehr Kosten auf den Steuerzahler zukommen – bei notwendigen Hilfen zur Erziehung, in der Jugendgerichtshilfe, der Ausbildungsförderung. Der falsche Weg! Doch trotz der Proteste, waren diese zu

schwach und wohl noch zu leise. Es bleibt zu hoffen, dass sich mehr Widerstand organisiert, wenn künftig Schülertransport, Bibliotheken oder Musikschulen zur Disposition stehen. WIR meine: Kürzen ist der falsche Weg! Land und Bund müssen die Kommunen mit ausreichend Geld für die übertragenen Aufgaben ausstatten und dies nicht nur in Wahlkämpfen versprechen. Doch die Jugendarbeit im Salzlandkreis zerbröckelt weiter. Angebote fehlen abrupt, greifen in Lebensläufe junger Menschen ein. Die Fraktion wird sich diesem Dialog auch weiterhin stellen!

Ralf-P. Schmidt – Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung für die Fraktion DIE LINKE./UWG im Kreistag Salzlandkreis

Angemessener kommunaler Heizkostenspiegel findet keine Kreistagsmehrheit

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE./UWG im Kreistag Salzlandkreis befasste sich der letzte Kreistag mit einem Vorstoß der Fraktion. Ein kommunaler Heizkostenspiegel sollte, analog des Bundesheizkostenspiegels, für den Salzlandkreis erstellt werden und dann jährlich eine Fortschreibung erfahren, um allen SozialleistungsbezieherInnen in Landkreis eine rechtskonforme Erstattung ihrer Heizkosten zu ermöglichen. Denn die Zuarbeit aus dem Jobcenter verrät: Mit Stand Mai 2015 gibt es im Salzlandkreis 15.151 Bedarfsgemeinschaften. Davon 12.758 im Mietverhältnis. Hiervon verbrauchen 4.574 Bedarfsgemeinschaft Heizkosten über 1,23 €/qm Wohnfläche, die als aktuelle Erstattungsgrundlage intern gilt. Und genau das war das Anliegen der Kreistagsfraktion, die aktuelle Heizkostengrundlage über einen kommunalen Heizkostenspiegel einer Realitätsprüfung zu unterziehen. Somit sollen auch den 654 Bedarfsgemeinschaften, die ihre Heizkosten anteilig aus dem Regelsatz leisten müssen, also sich „vom

Munde absparen“ sollen, was bei den knapp bemessenen und aus linker Sicht unsozialen Regelsätzen schwerlich möglich sein dürfte, eine transparente und individuelle Heizkostenerstattung ermöglicht werden.

Doch Landrat und Landkreisverwaltung beschwichtigten. Man würde schließlich bei 3.920 Bedarfsgemeinschaften ohne weitere Tiefenprüfung den Bundesheizkostenspiegel anwenden. Nur 14,3 % der Bedarfsgemeinschaften mit erhöhtem Bedarf würden keine komplette Erstattung der verbrauchten Heizkosten erhalten. Und schnell waren in der Debatte in Kreistag und Fachausschüssen diejenigen auf dem Trapez, die Mittelverschwendung und fehlendes Energiebewusstsein der Betroffenen ins Spiel brachten. Da stellt sich die Frage: Kann sich wirklich jeder Kreistagsabgeordnete in die Lage eines HarzIV-Empfängers hineinsetzen? Und: Sollen wirklich alle Häuser den gleichen Heizkostenwert haben? Sicher nicht – schaut man sich die Gebäudestruktur vor Ort an.

Doch eine wirkliche Lobby für die Probleme der Sozialleistungsbedürftigen, denn schließlich betrifft das Thema auch SozialhilfebezieherInnen und GrundsicherungsempfängerInnen, fand sich nicht. Lediglich die Mitstreiter der einbringenden Fraktion votierten für ihre Vorlage. Somit gab es 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und damit eine deutliche Ablehnung zur Vorlage und dem damit verbundenen Auftrag an den Landrat, sich perspektivisch für eine Satzungsermächtigung der kommunalen Gebietskörperschaften zu den Unterkunftskosten zu engagieren. Denn nur so kann verhindert werden, dass Unterkunftskosten im stillen Kämmerlein als Handlungsanweisung des Landrates verkündet werden, ohne demokratische Beschlüsse der gewählten VertreterInnen des Kreistages zu ermöglichen. Doch eines ist sicher: Die Fraktion bleibt an dem Thema dran!

Ralf-P. Schmidt stellv. Fraktionsvorsitzender

Sommerfeste in Bernburg und Saale-Wipper

Am 10. Juli gab es wieder viel Trubel am Bernburger Eulenspiegelbrunnen in der Wilhelmstraße. Die Landtagsabgeordnete Birke Bull und das Mitglied des Bundestages Jan Korte hatten zusammen mit dem Kreisverband der LINKEN zum traditionellen Sommerfest auf den kleinen Platz vor dem gemeinsamen Wahlkreisbüro eingeladen. Unter den ca. 80 Gästen waren Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien und verschiedener Vereine der Saalestadt, aber natürlich vor allem interessierte Bürgerinnen und Bürger, die das Programm miterleben wollten, das vom Staßfurter Unterhaltungskünstler Uwe Doberstein musikalisch begleitet wurde. MdL Birke Bull hatte noch einen Überraschungsgast mitgebracht: Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt und Spitzenkandidat der LINKEN bei der Landtagswahl im nächsten Jahr, ging in einer kurzen Ansprache u.a. auch auf die aktuelle Debatte zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen und auf rassistische Vorfälle im Umfeld von Unterkünften ein. Er rief zur Solidarität mit den „oftmals unter katastrophalen Umständen aus Bürgerkriegsregionen Geflüchteten“ auf und lobte „alle Bürgerinnen und Bürger, die schon jetzt mit kleinen und großen Gesten für eine

angemessene Willkommenskultur in unserem Land sorgen“.

Zum Programm des Sommerfestes gehörte neben Mitmachaktionen der Verkehrswacht und einem Polit-Quiz auch wieder eine Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro der Abgeordneten. Zur mittlerweile 10. Vernissage konnte der 1. Kunstkreis Sachsen-Anhalt gewonnen werden, der in diesem Jahr ebenfalls ein Jubiläum begeht: Seit 25 Jahren sind die HobbykünstlerInnen in Bernburg und Umgebung aktiv. Ein großes Dankeschön gilt wieder den ehrenamtlichen MitstreiterInnen, die mit ihrem Einsatz erneut für ein erfolgreiches Sommerfest sorgten und den Auf- und Abbau sowie die Versorgung der Gäste absicherten.

Zu Ihrem traditionellen Sommerfest trafen sich auch die Saale-Wipper-LINKEN am 10. Juli. In seiner Eröffnungsrede auf dem Schützenplatz in Giersleben gab der Ortsvorsitzende Tobias Pochanke einen kurzen Überblick zu den stattgefundenen Parteitagen im Bund und im Land und berichtete ebenso von der einstimmigen Wahl von Daniel Wernecke als Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Alsleben. Alle Anwesenden begrüßten die Kandidatur und signalisierten ihre Unterstützung für den bevorstehenden Wahlkampf. Da-

niel Wernecke erklärte: „Mir geht es unter anderem darum, das öffentliche Eigentum zu stärken, aber auch Existenzgründern in Alsleben eine Chance zu geben.“ Der Kandidat will die Bürgerinnen und Bürger nicht mit Worten, sondern mit Taten überzeugen. So wird er mit dem Ortsverband der LINKEN Alslebener Schulkinder nach Bernburg-Neuborna in die „Saaleperle“ zum Baden einladen, da das Schwimmbad in Alsleben immer noch gesperrt ist.

Während anderswo bereits die Lichter ausgeknipst und die Bordsteine hochgeklappt wurden, begann bei den Saale-Wipper-LINKEN das Fest mit griechischen Getränken, und einzelnen Diskussionen. Im Verlaufe des Abends wurde dann der Grill angefeuert. Bei Gesang und Gitarrenspiel bewiesen die Mitglieder des LINKEN Ortsverbandes Saale-Wipper, dass auch die Kultur bei ihnen nicht zu kurz kommt. Dass die Sommerfeste in Saale-Wipper etwas besonderes sind, beweist die Teilnahme von GenossInnen aus Könnern, Bernburg und Staßfurt. Alle Anwesenden waren sich einig, dass das nun bereits zum fünften Mal durchgeführte Sommerfest ein fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der nächsten Jahre sein wird.

Ernst H. Brink, Jörg Lemmert

LINKE Kommunalpolitiker trainieren politische Rhetorik

Der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper hatte Moritz Kirchner, einen Diplom-Psychologen und Verhaltens- und Kommunikationstrainer, für die Schulung am 22. August 2015 gewinnen können. Er arbeitet für die ImproVit GbR. Herr Kirchner begann mit der Selbstpräsentation als zentrale rhetorische Grundkompetenz. Dazu gab er Rede-Tipps, wie Blickkontakt, gerade Haltung, Verständlichkeit, klare Struktur, freies Sprechen, gezielte Pausen, natürliche Bewegungen, Stimme variieren, Anfang und Ende wichtig und auf das Publikum achten. Das generelle Ziel der Selbstpräsentation ist, merkwürdig zu sein. Nach dem Nennen der persönlichen Daten sollte eine persönliche Duftmarke gesetzt werden. Dies ist wichtig, da die absolute Standardpräsentation schnell vergessen wird. Ebenso wichtig ist, zum Schluss der Präsentation noch einmal auf einen Höhepunkt zu kommen. Gerade der Schluss kann dazu beitragen, merkwürdig zu sein beziehungsweise zu bleiben. Im weiteren Verlauf ging es um Modelle wie MILSA und Argumentationen mit BEIL und 3-TSB. Alle Teilnehmer mussten an eigenen Beispielen die Argumentation trainieren. Anhand des Mehrabian-Kreises erläuterte der Referent die prozentuale Wichtigkeit von Inhalt, Stimme und



Rhetorikseminar im Staßfurter Fraktionsbüro, Foto: privat

Körpersprache. Die Rhetorik ist nicht nur ein Handwerkszeug, sondern auch eine Wissenschaft. Dazu gibt es drei grundlegende Arten, die schon die alten griechischen Rhetoren aufzeigten und die bis heute Gültigkeit besitzen. 1. Logos: Die Vernunft, die reine Argumentation, die Rationalität. 2. Pathos: Das Gefühl, die Leidenschaft. 3. Ethos: Die Sitte bzw. der Charakter. Nach weiteren Trainingsrunden, auch zu Interviews und Infoständen, er-

hielt jeder Teilnehmer einen Seminarreder. Damit hat jeder die Möglichkeit, das Gelernte - durch Studium im Reader - zu vertiefen. Alle Teilnehmer lobten Moritz Kirchner für die gute und sehr intensive Schulung zu Rhetorik und Argumentation. Ebenfalls dankten sie dem Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper für die gute Organisation der Veranstaltung.

Ernst-Hermann Brink

Gründung einer landesweiten Schlichtungskommission

Der Landesvorstand hat am 10.03.2015 beschlossen, für DIE LINKE.Sachsen-Anhalt eine landesweite Schlichtungskommission zu bilden. Ziel der Arbeit der Schlichtungskommission ist die gütliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, FunktionsträgerInnen und Organen der Gliederungen innerhalb des Landesverbandes. Schlichtung als Arbeitsansatz bei Konflikten bedeutet Vermittlung und basiert auf der Freiwilligkeit der beteiligten Konfliktparteien und der Bereitschaft zu einem konstruktiven, gemeinschaftlichen Umgang miteinander.

Schlichtung ist ein Weg, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten oder Konflikte durch interessengerechtes Verhandeln zu beseitigen oder zu lösen. Die konstituierende Sitzung der Landeschlichtungskommission, im Zuge derer ebenso die für eine effektive Handlungsfähigkeit grundlegende Geschäftsordnung verabschiedet wurde, fand am 13.04.2015 in Magdeburg statt. Die derzeitigen Mitglieder der Schlichtungskommission sind der Homepage des Landesverbandes un-

ter „Landesgremien“ zu entnehmen, auf der auch die Geschäftsordnung als PDF hinterlegt ist. Koordinator der Schlichtungskommission ist Michael Ney (Stadtverband Magdeburg). Per Email ist die Schiedskommission unter ls@dielinke-lsa.de zu erreichen, telefonisch über die Landesgeschäftsstelle. Die Schiedskommission freut sich über weitere an der Mitarbeit interessierte Mitglieder aus allen Kreisverbänden.

Michael Ney

Kontinuität findet die Stiftung Staßfurt Waisenhaus nur bei den LINKEN

„Es ist Tradition und auch Herzensbedürfnis, der sozialpädagogischen Familienhilfe bei ihren Ferienaktivitäten zu unterstützen“, so begann der Fraktionsvorsitzende der Staßfurter Stadtratsfraktion Klaus Magenheimer seine Rede.

Wie in den vergangenen Jahren beteiligt sich die Stadtratsfraktion aus den Mitteln ihres Solidarfonds mit einer Zuwendung von 300 €. Übergeben wurde der Geldsegen am Freizeitzentrum Löderburger See, welcher zugleich 1. Stationsort der vielfältigen Unternehmungen ist. Eingesetzt wird das Geld für die Durchführung einer

sinnvollen und erlebnisreichen Ferienwoche und dient hier als Unterstützung für Familien, die allein die finanziellen Mittel nicht aufbringen können.

Begrüßt wurden die Mitglieder der Stadtratsfraktion von Herrn Axel Eckert, Geschäftsführer der Stiftung Staßfurter Waisenhaus und von Frau Pollett, Leiterin der Kindertagesstätte „Struwelpeter“ aber auch die Kinder, die Betreuer der Freizeit und einige Eltern gaben ihrer Freude durch Beifall Ausdruck. Herr Eckert betonte, dass diese Kontinuität in der Förderung tatsächlich nur von den Linken aufgebracht wird und er für die Verlässlichkeit sehr dankbar ist.

Nur durch Zuwendungen ist es der Stiftung überhaupt noch möglich, solche zusätzlichen Aufgaben zu stemmen. Für die Kinder stehen neben Badespaß auch ein Besuch des Magdeburger Zoos sowie Wanderungen und der Besuch eines Erlebnisparks auf dem Programm.

Aus der Stadtratsfraktion waren zur Übergabe neben dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Magenheimer auch Carsten Fütterer und Bianca Görke dabei.

Klaus Magenheimer, Vorsitzender der Stadtratsfraktion im Staßfurter Stadtrat

Sommertour mit Sabine Dirlich

Die ersten Ziele unserer diesjährigen Sommertour waren von der Gesas (Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktförderung Salzland mbH) betreute Projekte im Kultur- und Jugendbereich. Gemeinsam mit Frau Richter und Frau Lungerhausen machten wir uns auf den Weg zum Schloss Plötzkau. Dort betreut der gleichnamige Verein mehrere Projekte für Kinder und Erwachsene, beispielsweise die Kinderkemenate und das Museum in Eigenregie mit Mitteln aus der Arbeitsmarktförderung. Sinnvolle und erlebnisreiche Projekte, die leider aufgrund mangelnder Finanzen immer wieder vor dem Aus stehen. Frau Weimann, dort ehrenamtlich Tätige, führte uns durchs Museum und die Kinderkemenate - auf jeden Fall eine Reise wert.

Weiteres Ziel war der Jugendfreizeittreff „Glashaus“ in Staßfurt. Dieser bietet Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 27 Jahren offene Freizeitangebote und allgemeine Jugendbildung ebenso wie Reisen und Jugendveranstaltungen. Täglich nutzen 30 bis 60 Jugendliche die dortigen Angebote. Die Jugendlichen können einen Medienraum nutzen, Billard spielen, im Fitnessraum ackern und im Außenbereich Fußball spielen, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.



Sabine Dirlich unterwegs in Schönebeck, Foto: privat

Fazit bleibt: Es mangelt an finanziellen Mitteln, aber fast noch schwieriger ist der hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung und Umsetzung von Projekten der Arbeitsmarktförderung, die starren

Vorgaben des Gesetzgebers ohne Einbeziehung der reichhaltigen Erfahrungen vor Ort.

*Ina Köhnkow, Wahlkreismitarbeiterin MdL
Sabine Dierlich*

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
September
recht herzlich**

Zum 93. Geburtstag
Ursula Sperling

Zum 88. Geburtstag
Ludwig Bilek

Zum 87. Geburtstag
Gerda Vester

Zum 85. Geburtstag
Horst Osterloth

Zum 84. Geburtstag
Ruth Walter
Lore Taraba
Ingeborg Schneider
Erwald Reisberg
Heinz Dietmann

Zum 81. Geburtstag
Dorothee Leifheit

Zum 80. Geburtstag
Christel Berndt

Zum 75. Geburtstag
Brunhild Krutzki

Zum 60. Geburtstag
Ines Erfurt

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
September Geburtstag haben**



**„Der Ausschwitz-Prozess - Ein
Lehrstück Deutscher Geschichte“**

Lesung mit Autor und Rechts-
anwalt Ralph Dobrawa am
17.09.2015, um 16:30 Uhr im Tie-
saal der evang. Kirchgemeinde
Aschersleben(Johannispromenade 38)

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
23.09.2015 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

Das nächste **Erwerbslosenfrühstück**
in Bernburg findet am **21.09.2015 ab
10 Uhr** im Bürgerbüro von MdL Birke
Bull und MdB Jan Korte statt.

**Einladung zur Kreisversammlung
nach Schönebeck**

Der Kreisvorstand lädt zur 13.
Kreisversammlung und zur besonderen
Kreisversammlung am **03.10.2015 um
10 Uhr in die Begegnungsstätte der
Volkssolidarität** ein. Alles weitere
ist den Unterlagen im Mittelteil dieser
Ausgabe zu entnehmen.

Wir sind die Opposition

Vortrag und Diskussion mit **MdB Jan
Korte**, stellvertretender Fraktionsvor-
sitzender der Bundestagsfraktion DIE
LINKE, am **16.09.2015, um 18 Uhr im
Metropol Bernburg** (Schloßstraße)

**Gesprächsrunde anlässlich des 25.
Jahrestages der deutschen Einheit**

am 29.09.2015, um 17 Uhr im
Bürgerbüro in Bernburg (Kl. Wilhelm-
straße 2b)

Landesparteitag in Staßfurt

Die 3. Tagung des 5. Landesparteitages
findet am **10.10.2015 ab 10 Uhr im
Salzlandcenter** (Hecklinger Straße 80)
statt. Im Mittelpunkt steht der Wahlpro-
grammentwurf für die Landtagswahl
2016.

Regionalkonferenz in Halle-Neustadt
Am **23.09.2015 ab 17:30 Uhr im Kul-
turtreff (Am Stadion 6).**

Der Landesvorstand möchte die
Regionalkonferenz nutzen, um über
den vorliegenden Entwurf des Wahlpro-
grammes zu diskutieren.

**Hartz IV-Infogespräche im Bern-
burger Bürgerbüro**

Am 16.09.2015 steht MdB Halina
Wawzyniak von 15:00 Uhr bis 17:00
Uhr wieder für konkrete Anfragen zur
Verfügung. Interessenten
lassen sich bitte einen Termin unter
03471/622947 geben.

„Kaffee mit Links“

Am 14.10.2015 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist
der 28. September 2015. Redaktions-
schluss war der 03. September 2015.

Nachruf

In stillem Gedenken
Katja Pesch



OV Barby
Kreisvorstand

Nachruf

In stillem Gedenken
Horst Hepting



OV Schönebeck
Kreisvorstand

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Charlotte Wengorz



BO Bernburg-Mitte
Kreisvorstand

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Klaus Gabriel



OV Bördeland
Kreisvorstand

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 14.09.2015 ab 18:00 Uhr im Staß-
furter Fraktionsbüro.

**„Kick gegen Rechts“ am
26.09.2015 in Bernburg**

Die LINKE nimmt wieder mit einer ei-
genen Mannschaft an der Veranstaltung
vom Bündnis gegen Rechts teil und
freut sich über zahlreiche Gäste, denen
u.a. ein umfangreiches Rahmenpro-
gramm geboten wird. Los geht es um
**10 Uhr auf dem Sportplatz vom PSV
Bernburg** (Krumbholzallee).

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (Vi.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden